

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXLIII/86

Bonn, den 8. Mai 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

Nun auch das Notwendige tun 50

Zur Bundestagsdebatte über die Hochschulreform

2 - 2 b Brief an sieben deutsche Studenten 105

Staats- und Rechtsordnung reformieren, nicht zerstören

Von Hans Steinitz, New York

2 b Der älteste Hut der Welt 20

Rüstung, damit es keine Arbeitslosen gibt...

3 Ein düsteres Kapitel 39

Vor 26 Jahren - Mord an britischen Fliegeroffizieren

4 - 5 Zehn Jahre Fünfte Republik 60

Rückgang des gaullistischen Einflusses

Von unserem Pariser Korrespondenten Georg Scheuer

* *

*

Nun auch das Notwendige tun

Zur Bundestagsdebatte über die Hochschulreform

- * "Die gesamte Nation kann fordern, daß wir durch die Län-
- * der, auf deren Gebiet und durch deren Tun ein Schulwesen
- * und ein Hochschulwesen bekommen, das es der Nation erlaubt
- * mit Aussicht auf Erfolg den Herausforderungen des Jahr-
- * hunderts, in dem wir stehen, gerecht zu werden."

Prof. Carlo Schmid, Minister für Bundesratsangelegenheiten

sp - Das eine, etwas sehr Bedeutsames, hat unsere unruhig gewordene studierende Jugend erreicht: Unser Volk und alle Männer und Frauen, die für dieses Volk Verantwortung tragen, sind sich heute bewußt der Notwendigkeit einer Bildungs- und Hochschulreform, und dies in einem umfassenden Sinne. Lange Zeit, viel zu lange Zeit, blieb das Begehren der Studenten und einsichtigen Männer des öffentlichen Lebens unbeachtet. Man nahm es nicht zur Kenntnis, man glaubte, im alten Trots weiter-tun zu können. Das ist nun vorbei. Die Öffentlichkeit ist aufgerüttelt. Sie hat auch kein Verständnis dafür, daß das, was dieses letzte Drittel des ausgehenden Jahrhunderts von uns abverlangt, infolge der föderalistischen Struktur unserer Bundesrepublik nur unzureichend oder überhaupt nicht geschieht. Hier gibt es, wie Carlo Schmid in seiner großen Rede es wiederholte, eine gesamtstaatliche Verantwortung, "ohne Rücksicht darauf, wen, ob, Bund oder Land, der Text unseres Grundgesetzes eine spezielle Kompetenz zuordnen."

Einen Krieg zwischen Bund und Ländern in Sachen Kulturhoheit können wir uns nicht leisten. Zum Glück kann nach dieser Bundestagsdebatte über die Hochschulreform davon wohl keine Rede mehr sein. Wer ihn beginnen würde, versündigt sich an Volk und Staat.

Das Parlament hatte einen guten Tag. Es beugte sich der drängenden Einsicht, daß man die längst fälligen Reformen nicht mehr auf die lange Bank schieben kann oder in fruchtlosen Diskussionen nicht zerreden lassen darf. An durchdachten Vorschlägen aller, die dafür kompetent sind, fehlt es nicht. Es liegt nun am Bund, den Ländern, aber auch an unseren Hochschulen, die Bahn für die unerläßlichen Reformen freizuschaukeln. Sie dürfen keinen Aufschub. Vom Stand der Bildung, der Wissenschaft und der Forschung hängt das Leben unseres Volkes als Industrienation ab.

Das geht uns a l l e an. Unsere Jugend hat einen Anspruch darauf, ein Höchstmaß an Wissen und Bildung zu erhalten. Der Zugang dazu sollte allen Begabten offen sein. Es ist nicht gut und eine Verschleuderung von geistigem Kapital, daß sich unter den Studenten nur 6 Prozent befinden, die aus dem Arbeiterstand kommen. Das muß nicht sein und darf nicht so bleiben. Auch hier ist unendlich viel nachzuholen.

Brief an sieben deutsche Studenten

Staats- und Rechtsordnung reformieren, nicht zerstören

Nicht ohne innere Bewegung liest man den Brief, den Hans Steinitz an sieben deutsche Studenten gerichtet hat. Hans Steinitz in Berlin geboren und aufgewachsen, ist Chefredakteur der in New York in deutscher Sprache erscheinenden Wochenzeitschrift "AUFBAU".

Meine lieben Freunde,
als ich Euch voriges Jahr auf einer Berliner politischen Versammlung kennenlernte und wir dann nachher alle acht - Ihr vier Mädchen und drei junge Burschen und ich - den Rest der Nacht bis in die frühen Morgenstunden in einem Café saßen und diskutierten, schüttelte ich mehr als einmal den Kopf, wenn ich Euch zuhörte; zum Schluß aber verabschiedeten wir uns dennoch mit freundlichem Händeschütteln. Im Geiste dieses Händedrucks wende ich mich heute wieder an Euch, ich, der ich mehr als doppelt so alt bin wie jeder Einzelne von Euch: ich schüttelte immer noch den Kopf, wenn ich Euch junge deutsche Studenten beobachtete, aber ich bewundere nach wie vor im Stillen den Ausbruch Eurer politischen Energien und Eure radikale Kampfansage an das, was man zu beiden Seiten des Ozeans das "Establishment" nennt.

An jener Abend im vorigen Jahr hattet Ihr gerade kurz vorher - frisch mit Instruktionen und Kampfparolen aus Euren Hauptquartier, dem linksradikalen "Republikanischen Club", versehen - auf dem Kurfürstendamm gegen die Berliner Stadtverwaltung demonstriert und gleichsam in Vorbeigehen Zeitungen aus dem Verlag Axel Springer zerrissen und angezündet; Eure Kehlen hatten sich dabei mit Hochrufen auf Mao Tsetung und Ho Chi Minh heiser gebrüllt. Später, am Marmortisch des kleinen stillen Cafés wart Ihr viel gemäßigter; Ihr spracht über Universitätsreform, den Krieg in Vietnam, die Schattenseiten der in Bonn regierenden "Großen Koalition" und ähnliche Dinge, über die sich reden läßt, auch wenn Euer emotioneller Radikalismus immer wieder durchbrach und mit Eurer Logik davonlief.

+ + +

Heute aber scheint mir, als ob Maß und Sinn völlig ihre Rechte verloren haben. Gewiß, auf Euren Wortführer Rudi Dutschke ist ein feiges, niederträchtiges Attentat verübt worden, und soweit ich von New York aus urteilen kann, stammt der Täter aus dem Kreis verstockter und haßerfüllter Desperados der äußersten Rechten, die immer schon in Deutschland fix mit der Schußwaffe bei der Hand waren und die einmal, als ich so alt war wie Ihr heute, nicht nur die Straße, sondern auch die Regierungstuben zu beherrschen begannen. Daß sich der Schießheld von dem Ford an Martin Luther King inspirieren ließ, spricht nicht zu seinen Gunsten: es war schon immer so, daß schlechte Aspekte Amerikas der Ozean schneller überquerten und eher bei Euch Nachahmer fanden als gute.

Aber ich bringe keinen Funken Verständnis dafür auf, daß Ihr, in Eurer Entrüstung über das Attentat, Barrikaden baut und in Springerhaus Scheiben einschlägt, Gewalt mit Gewalt beantwortet und Kraftproben mit der Polizei veranstaltet. Zwei von Euch wollen einmal Ärzte werden: Würdet Ihr als Chirurgen empfehlen, bei einer Blinddarmpoperation nicht nur den eitrigen Krankheitsherd zu entfernen, sondern auch kerngesunde Teile anderer Eingeweide des menschlichen Körpers? Müßt Ihr

8. Mai 1968

denn, nur um zu zeigen, wie ernst Ihr es mit der Kritik an der Gesellschaftsordnung meint, das Kind mit dem Bade ausschütten? Seht Ihr denn nicht ein, daß Ihr mit dieser Form "außerparlamentarischer Opposition" die Volksmassen, die doch eigentlich Eure Verbündeten sein sollten, brutal vor den Kopf stoßt und manche von ihnen zum Schluß nur der rechtsradikalen NPD in die Arme treibt?

Darum schüttelte ich über Euch den Kopf, beharrlicher noch als voriges Jahr. Drei von Euch planen, in sozialer Arbeit nach Übersee zu gehen und in einem der deutschen Gegenstücke zum amerikanischen "Peace Corps" tätig zu werden; das ist vorzüglich. Zwei von Euch haben freiwillig eine Zeitlang in einem Kibbuz in Israel gearbeitet, und alleamt wollt Ihr Euer Leben sozialen und humanitären Aufgaben widmen.

Aber dieses Bekenntnis klingt unecht, wenn Ihr den Staat und die Rechtsordnung, die Euch mißfallen zerstören wollt statt sie zu reformieren; wenn Ihr Zeitungen verbrennt, statt bessere zu schreiben. Der große amerikanische Sozialist Norman Thomas rief vor kurzem amerikanischen Studenten, die handelten wie Ihr, das Mahnwort zu, die amerikanische Flagge nicht zu verbrennen, sondern sie zu waschen; genau das ist es, was ich Euch, symbolisch, ebenfalls zurufe.

Und jetzt kommt das Tolle, was Ihr nicht wißt: die amerikanischen Studenten haben getan, was Norman Thomas ihnen riet. Ein Mann namens Eugene McCarthy kam daher und mobilisierte sie zu einer großen spontanen Feldzug der Reform, und zu Hunderttausenden folgten sie enthusiastisch seinem Ruf: hinein in die demokratische Meinungsbildung, hinein in die Primärwahlen und Ortsgruppen und Kreispartei, hinein in die normale legitime Mühle politischer Willensbildung; und mit einem Schläge hat sich ihre wilde "außerparlamentarische Opposition" in kraftvolle und konstruktive Bausteine einer besseren amerikanischen Zukunft umgewandelt. Euch, liebe Freunde in Deutschland, fehlt ein Eugene McCarthy, der Euch hineinleitet in den hingebungsfreudigen und positiven Dienst an der Zukunft. Weil dieser Mann Euch fehlt, schreit Ihr wilde Parolen in die nächtliche Luft Eurer Städte hinaus, und leistet damit keine beachtenswerte Tat.

Ich sage das nicht nur um der deutschen Demokratie willen, die noch nicht solide genug etabliert ist, um ohne die Mitwirkung der jungen deutschen Intelligenz auskommen zu können: ich sage es, nicht zuletzt auch, um Eurer selbst willen.

Ich sehe Euch Sieben vor mir, in zehn oder zwanzig Jahren, wenn Ihr solide und behäbige Oberlehrer und Amtsgerichtsräte, Industriesyndikati und praktische Ärzte sein werdet, Familienverantwortung tragen und am Sonntag nachmittag im Lehnstuhl mit Behagen die gleiche "Welt am Sonntag" lesen werdet; die Ihr heute auf der Straße verbrennt. Wollt Ihr dann an Eure Studentenjahre mit peinlicher Verlegenheit zurückdenken müssen, irgendwelche Entschuldigungen von "unausgegorenem jungen Wein" murmelnd, oder wollt Ihr auf Eure Jahre heißer Suche nach Recht und Freiheit nicht lieber mit Stolz und Befriedigung zurück-

denken und Euren eigenen Kindern erzählen können, daß es Euch gelungen war, kleine Mosaiksteinchen zum großen Bauwerk einer gerechten freien Gesellschaft zusammenzutragen?

Laßt Euren heißen jungen Blut freie Bahn: aber lenkt es auf Ziele und Methoden, die Eurer wert sind, zieht in reifer Selbstkontrolle die Zügel der Mäßigung an, damit Ihr nicht eines Tages - wie gar zu viele Eurer Väter und Großväter heute - Eurer Jugend zu schämen haben werdet. Es ist kinderleicht einem Zeitungskiosk unliebsame Zeitungsblätter zu entreißen; zeigt, daß Ihr auch die viel schwerere Kunst beherrscht, leidenschaftliche Energien dem pulsierenden Leben Eures Landes nutzbar zu machen.

Der älteste Hut der Welt

Rüstung, damit es keine Arbeitslosen gibt...

sp - In Brüssel wurde anlässlich einer Konferenz der dreizehn NATO-Stabschefs darauf hingewiesen:

- * "daß sich weite Kreise der Bevölkerung ein falsches Bild
- * von den ökonomischen Auswirkungen einer weitgehenden Abrüstungspolitik machen. So hätten die Amerikaner errechnet,
- * daß mehr als sechs Millionen Menschen direkt oder indirekt
- * von der Rüstung lebten. Eine drastische Kürzung der Rüstungsausgaben müßte unmittelbare Rückwirkungen auf die
- * Beschäftigten haben." (FAZ)

Diese Argumentation gegen Bemühungen um Abrüstung und Entspannung ist der älteste Hut der Welt. Wer solche Gedanken zu Erde denkt, muß logischerweise zu dem Schluß kommen, daß Ost und West immer weiter rüsten müssen, damit niemand arbeitslos wird. Ausgehend von dieser Geisteshaltung wäre der Gedanke, man könnte unter Umständen eines Tages die für Rüstungszwecke ausgegebenen Milliarden auch für friedliche Zwecke verwenden, wäre dannbarer Unsinn.

Aber vielleicht haben die Herren in Brüssel gemeint, der Satz aus der industriellen Gründerzeit sei immer noch gültig, jener Satz, der da lautet: "es muß immer Reiche geben, damit die Armen von diesem Brot und Arbeit bekommen können."

Ein düsteres Kapitel

Vor 26 Jahren - Mord an britischen Fliegeroffizieren

nn - Der frühere Gestapo-Chef von Kiel, der damalige SS-Sturm-
bannführer Friedrich Schmidt-Schütte steht jetzt vor seinen Rich-
tern vor dem Kieler Schwurgericht. Er ist angeklagt, im März 1944
für den Mord von vier Fliegeroffizieren, die in der britischen Luft-
waffe Dienst taten, verantwortlich zu sein.

Mit dem Schmidt-Prozess in Kiel ist ein neues düsteres Kapitel
aus der Verbrechergeschichte der nationalsozialistischen Zeit auf-
geschlagen worden. Erstmals geht es hier um die völkerrechtswidrige
und zum Teil bestialische Ermordung von Kriegsgefangenen, die aus
ihrem Lager zu fliehen vermochten.

In Gefangenenlager in Sagan/Niederschlesien waren im März 1944
etwa 1.500 Luftwaffenoffiziere gefangen. 76 von ihnen gelang die
Flucht durch den Bau eines Tunnels. Bis auf drei wurden alle wie-
der aufgegriffen und überwiegend durch die gleiche Methode, nämlich
durch Genickschuß, beim Abtransport ermordet.

Selbstverständlich entschuldigt sich Schmidt jetzt damit, daß
der Befehl von Hitler ausging. Und ebenso selbstverständlich werden
zahlreiche Zeugen dafür aufgeboten, daß dies seine Richtigkeit hatte.
Bemerkenswert dagegen ist die Rolle, die General Westhoff, der da-
malige Chef Abteilung Kriegsgefangene im Wehrmacht-Oberkommando,
spielte. Ihm nämlich ist es aufgrund seines mutigen Verhaltens zu
danken, daß die Ermordung jedenfalls der Offiziere der Westmächte,
die in Gefangenschaft geraten waren, von der nationalsozialisti-
schen Führung abgebrochen werden mußte.

Als Beauftragter der Schutzmacht England hielt sich damals im
März 1944 gerade der Schweizer Professor Laville im deutschen Reichs-
gebiet auf und inspizierte die Gefangenenlager. Westhoff ließ ihm
den Hinweis zugehen, daß die Tötung der aus Sagan geflohenen Offi-
ziere in gange sei. Laville fuhr in das Lager. Er hörte Einzelhei-
ten über die grauenhaften Tötungen. Er sorgte dafür, daß die briti-
sche Regierung in London davon erfuhr.

Wenige Tage darauf ordnete Westhoff an, daß der Lagerälteste aus
Sagan, ein Offizier der Royal Airforce, nach England entlassen wurde.
Das geschah im Austausch mit deutschen Gefangenen. Dieser Lagerälteste
berichtete in Großbritannien über die Ermordung der britischen Flieger-
offiziere. Außenminister Antony Eden informierte daraufhin das briti-
sche Unterhaus in aller Öffentlichkeit über die Greuelthaten und die
Welt erfuhr davon. Hitler und der SS-Führung sowie den mitmachenden
Generale blieb nichts anderes übrig als die Morde einzustellen.

+ + +

Zehn Jahre Fünfte Republik

Rückgang des gaullistischen Einflusses

Von unserem Pariser Korrespondenten Georg Scheuer

Ausgerechnet zum zehnten Jahrestag der Machtergreifung de Gaulles am 13. Mai 1968 stellt die Sozialdemokratische Föderation einen neuen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Pompidou, diesmal zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Nach den derzeitigen Regeln der Fünften Republik gibt es offensichtlich keine andere Möglichkeit, eine gründliche Parlamentärsdebatte zu erzwingen. Zugleich soll de Gaulles zehnjähriges Machtjubiläum auf besondere Weise "gefeiert" werden.

Wurzeln

Die Gaullisten erinnern sich nicht gern an die Ursprünge ihres Regimes. Der Maiputsch begann 1958 mit einem Aufstand der französischen Generale in Algier gegen die parlamentarische Republik. Der Algerienkrieg sollte mit allen Mitteln bis zur "Sieg" getrieben werden. De Gaulle wurde von den Putschisten auf das Schild gehoben, weil sie glaubten, der alte Herr werde sich von ihnen manipulieren lassen. Unter der Drohung eines Bürgerkrieges kapitulierten Staatspräsident Coty und Ministerpräsident Pflimlin. Man akzeptierte de Gaulle als "kleineres Übel". So konnte der General sein inneres Exil verlassen und sich zum "Schiedsrichter" aufschwingen, zuerst als "provisorischer" Regierungschef und dann als Staatspräsident.

Von Volksentscheid zu Volksentscheid - zumeist mit geschickten rhetorischen Fragestellungen, aus welchen sich das "JA" sozusagen "zwingend" ergab, festigte er seine Macht, führte eine autoritäre Verfassung ein und ließ sie bald darauf in noch autoritärerem Sinn revidieren.

Verzweigungen

Nur ein Teil der Maiputschisten ist heute noch in Amt und Würden. Andere sind im Exil - wie Jacques Soustelle - oder im Gefängnis - wie Raoul Salan, dem die Generalwürde aberkannt wurde. Sie hatten in der Vorbereitung und Durchführung des Maiputsches eine hervorra-

gende Rolle gespielt, jedoch de Gaulles Versprechungen zu ernst genommen. Als sie 1960 und 1961 weitere Putschversuche starteten, leistete Staatspräsident de Gaulle mit Unterstützung einer wiedererstarkten republikanischen Linken erfolgreichen Widerstand.

Dieses Wechselspiel milderte die autoritären Züge der Fünften Republik. Wohl wurden die Befugnisse der Nationalversammlung stark beschnitten, wichtige demokratische Errungenschaften und Rechte konnten jedoch gewahrt werden. Das Regime blieb auf halbem Wege zwischen Demokratie und Diktatur.

Wende in Korsika

Seit Beendigung des Algerienkrieges (1962) ist der gaullistische Einfluß ständig zurückgegangen, die Linksopposition gewann immer mehr Terrain. Ausgerechnet zum 10. Jahrestag verliert die gaullistische Regierungspartei nun ein weiteres Parlamentsmandat in Korsika. Infolge eines Wahlschwindels wurde die Nachwahl notwendig; der gaullistische Kandidat Dr. Giacomi verliert auf diese Weise seinen Abgeordnetensitz zugunsten des Sozialdemokraten Zuccarelli. Die Parlamentsfraktion der PGDS steigt damit auf 127 Deputierte. Die relative Mehrheit der Gaullisten schrumpft damit weiter, auch im Parlament.

Was wird "Daranfolsen"?

De Gaulles Macht über die Nationalversammlung erreichte Ende April einen Tiefpunkt mit dem Mißtrauensvotum gegen Informationsmonopol und Meinungsmanipulation. Mit den Linksparteien stimmten fast alle CD-Abgeordneten. Das ergab 236 Stimmen. Es fehlten also nur noch acht Stimmen für Pompidous Sturz. Er wurde vermieden, weil die konservativen Weggenossen des Gaulles - die "Unabhängigen Republikaner" unter der Führung von Giscard d'Estaing, die zwar auch gegen Pompidou sind, ihn aber nicht sofort stürzen wollen, - der Urne fernblieben. Die Giscardisten wollen die Krise nicht überstürzen, aber der innere Bruch mit dem Gaullismus ist vollzogen. Die öffentliche Fehde zwischen dem gaullistischen Premierminister und dem früheren Finanzminister beweist, daß die beiden Männer nunmehr offen um die Thronfolge in Elysée ringen. - Parallel zur Krise im Regierungslager wächst die Opposition im Lande und in der Kammer. Der 10. Geburtstag ist für das gaullistische Regime kein Freudentag.